

Abstract

Das politische Neutralitätsgebot im Unterricht. Erfahrungen von Lehrkräften und ihr Umgang mit Rechtspopulismus in der Schule

Prof. Dr. Gabriele Bellenberg, *Ruhr-Universität Bochum*,

Dr. Anja Böning, *Fernuniversität Hagen*,

Prof. Dr. Wolfram Cremer, *Ruhr-Universität Bochum*

Inhalt:

Die politischen Auseinandersetzungen um Themen wie Flucht, Asyl, Migration, Europäische Union und Globalisierung haben sich in den letzten Jahren spürbar verschärft. Gegenwartsdiagnostische Analysen gehen davon aus, dass es die Erosion der alten nationalgesellschaftlichen Ordnung durch Globalisierung sowie politische, wirtschaftliche und kulturelle Öffnungen sind, die den Aufstieg des Rechtspopulismus befördert haben: Sie haben zu Kontrollverlustserfahrungen und Ängsten breiterer Bevölkerungsgruppen vor einer sozialen Deklassierung geführt, die sich in einer klassenübergreifenden Protestbewegung gegen eine offene Gesellschaft ausdrücken (Koppetsch 2019). Merkel (2016) identifiziert einen gesellschaftlichen Konflikt zwischen kosmopolitischen Orientierungen (Weltoffenheit, universalistischem Denken über Werte) und kommunitaristischen Orientierungen (nationalstaatlich verfasstes Denken, Betonung kultureller Bindung und Grenzen).

Die Konflikthaftigkeit dieser politischen Positionen hat auch Eingang in den politischen Diskursraum Schule gefunden. Dies erweist sich vor allem in den werteorientierten und politisch bildenden Fächern als besonders brisant. Hier gilt seit 1977 der Beutelsbacher Konsens als Richtschnur, der das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und das Prinzip der Urteilsbefähigung von Schüler*innen festlegt. Durch die Gewerkschaften sind Lehrkräfte in letzter Zeit zunehmend für das Spannungsverhältnis zwischen dem verfassungsrechtlich verankerten Gebot parteipolitischer Neutralität und dem Gebot des aktiven Eintretens für die im Grundgesetz verfasste freiheitlich-demokratische Grundordnung sensibilisiert worden. Konkreter Anlass hierfür war die Einrichtung eines AfD-Online-Meldeportals, bei dem Lehrer*innen öffentlich an den Pranger gestellt werden sollten, die in ihrem Unterricht angeblich gegen das Neutralitätsgebot verstoßen.

Ziel:

Insgesamt ist bislang kaum etwas darüber bekannt, wie Lehrkräfte diese Spannungen wahrnehmen, erleben und in ihrem Unterricht verarbeiten. An dieser Forschungslücke setzt der geplante Vortrag an, der erste Befunde eines IfBB-Forschungsprojektes in Kooperation mit der Fernuniversität Hagen vorstellt, welches juristische mit erziehungswissenschaftlichen Perspektiven verbindet.

Methode:

Basierend auf inhaltsanalytisch ausgewerteten leitfadengestützten Interviews mit (Rechts)Lehrkräften werden ihre Erfahrungen, Herausforderungen und Strategien rekonstruiert, die Aufschluss darüber geben können, über welches Wissen Lehrkräfte hinsichtlich des staatlichen Neutralitätsgebotes und des Beutelsbacher Konsenses verfügen, wie sie dieses Wissen in ihre Bildungspraxis einbringen, ob und wie sie mit extremen politischen Positionen im Unterricht konfrontiert sind und wie sie diesen begegnen.